

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

20.1.1928 (No. 17)

Expedition:
Karlsruher
Stadionstr. 14
Vernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangehörigen:
Chefredakteur
E. A. Mend.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2.— RM. einst. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Berücksichtigung zu irgendweicher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfuß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Beschäftigte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Ernennung Groeners zum Reichswehrminister

durch den Reichspräsidenten auf Vorschlag des Reichskanzlers ist gegen die Reichswehrminister ernannt worden. Die Ernennung ist eine politische Entscheidung, die dem Reichspräsidenten vorbehalten ist. Die Ernennung Groeners ist eine politische Entscheidung, die dem Reichspräsidenten vorbehalten ist. Die Ernennung Groeners ist eine politische Entscheidung, die dem Reichspräsidenten vorbehalten ist.

Die Deutschnationalen „Kreuzzeitung“ schreibt: Wir haben aus unseren Redaktionen kein Hehl gemacht, wir halten sie auch heute aufrecht. Nach Lage der Dinge können wir uns nur mit dem Wunsche bescheiden, daß der neue Reichswehrminister das in ihm vom Reichspräsidenten gesetzte Vertrauen rechtfertigt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt: Hindenburg hat auch diesmal die Führung in seiner Hand behalten. Daß der neue Reichswehrminister zwar auf menschliche Sympathien bei allen Parteien, aber zunächst auf gewisse politische Widerstände stößt, kann eher als ein günstiges Vorzeichen für seine Amtstätigkeit betrachtet werden. In der „Germania“ heißt es: Der Reichspräsident hat also jenen Mann für das schwere Amt des Reichswehrministers ausgewählt, der in sorgenvollen Tagen sein Berater gewesen ist. Groener ist als ein Mann von aufrichtiger Gesinnung bekannt. Seine württembergische Herkunft hat ihm den demokratischen Geist mitgegeben, den er niemals verleugnet hat; denn aus seiner, die Republik bejahenden Einstellung hat Groener niemals ein Hehl gemacht. Die Verwurzelung der Reichswehr mit dem Volke und ihr wirklich echter demokratischer Aufbau, nicht in parteipolitischen, sondern in weitestem Sinne, ist die Aufgabe, die nach der Lösung harret. Der Reichspräsident ist anscheinend von dem Gedanken ausgegangen, die Reichswehr soweit wie möglich dem politischen Einfluß zu entziehen, und deshalb wohl nicht zuletzt die Wahl auf Groener gefallen. Das „Berl. Tageblatt“ sagt: Wir denken nicht daran, den neuen Wehrminister mit Vorhubeleerungen zu kränzen. Groener übernimmt eine schwierige Erbschaft. Man wird die Taten des Mannes, dessen persönliche Lauterkeit und dessen Befähigung von keiner Seite angezweifelt wird, ohne Vorurteil, aber auch ohne voreiligen Applaus abwarten müssen. Die „Postische Zeitung“ schreibt: Groener kann, ohne das Gespenst einer Verschlagung der Wehrmacht heraufzubeschwören, die langersehnte Reform der Reichswehr durchführen, wenn er sie will und für notwendig hält. Er muß seine Reform damit beginnen, daß er seine Offiziere an den neuen Staat herandringt, daß er sie lehrt, die Republik zu achten. Der „Vorwärts“ erklärt: Groener bezieht zur Lösung seiner Aufgaben Tradition und Fähigkeit, es muß sich zeigen, ob auch den politischen Willen. Die eine dieser Aufgaben ist die Vereinigung des Reichswehretats, die andere Aufgabe ist die große Reichswehrreform.

In einem Schreiben des Reichspräsidenten an den scheidenden Reichswehrminister Dr. Gessler, spricht das deutsche Staatsoberhaupt dem Minister den aufrichtigsten Dank des deutschen Volkes für seine hingebende und selbstlose Arbeit aus.

Groeners Amtsantritt

Dr. Berlin, 20. Jan. (Tel.) Reichswehrminister Groener hat, der „B. Z.“ zufolge, heute vormittag dem bisherigen Minister Dr. Gessler seinen Besuch gemacht. Anschließend will der neue Wehrminister den Chef der Heeres- und Marineleitung, General Hebe, und Admiral Zenker, seine Aufmerksamkeit machen. Morgen vormittag um 11 Uhr wird Dr. Gessler sich von seinen Mitarbeitern im Ministerium verabschieden und bei dieser Gelegenheit den neuen Chef, Minister Groener, den Herren des Ministeriums vorstellen. Heute mittag wird Dr. Gessler in Abschiedsaudienz vom Reichspräsidenten empfangen.

Aufhebung der Belgoländer Zölle auf Getränke

W.B. Belgoland, 20. Jan. Auf Ersuchen des Reichsfinanzministers hat der Oberste Senat des Reichsfinanzhofes ein Gutachten über die Frage erlassen, ob die Gemeinde Belgoland berechtigt ist, einen Einfuhrzoll auf alkoholhaltige Getränke zu legen. Der Oberste Senat des Reichsfinanzhofes kommt in dem Gutachten zu der Entscheidung, daß eine solche Berechtigung nicht besteht, da nach Art. 6 der Reichsverfassung das Reich ausschließlich die Gesetzgebung über das Zollwesen ausübt und nach Art. 88 für die Verwaltung der Zölle nur Reichsbehörden zuständig sind. Der Gemeindevorsteher auf Belgoland hat daraufhin die Einstellung der Zollerhebung verfügt. Die Entscheidung des Reichsfinanzhofes bedeutet für Belgoland einen großen Einnahmeausfall, berührt jedoch die für Belgoland bestehende Zollfreiheit nicht.

Letzte Nachrichten

Die Etatsdebatte im Reichstag

M. Berlin, 20. Jan. (Priv.-Tel.) Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagsitzung, die um 14 Uhr begann, stehen zunächst zwei kleine Vorlagen. Nach ihrer debattierten Erledigung will das Haus in die große Debatte zum Etat eintreten. Der Reichsfinanzminister hat sich mit Rücksicht darauf, daß die Reparationsfrage in hohem Maß eine außenpolitische Angelegenheit ist, in seiner Eröffnungsrede über diesen Punkt eine gewisse Zurückhaltung angesetzt. Die Parteien, auch die Regierungsparteien, scheinen jedoch der Ansicht zu sein, daß man schon mit Rücksicht auf den Leihemarkt, dessen Wiedereröffnung für Deutschland eine dringende Notwendigkeit ist, doch manches nachholen und aussprechen muß. Dies soll nun in der Aussprache zum Etat geschehen. — Die Aussichten des Schulgesetzes werden sowohl in Zentrum als in volksparteilichen Kreisen nicht günstig beurteilt. Man sieht augenblicklich keine Lösungsmöglichkeiten. Einen Konflikt will man jedoch zum mindesten so lange vermeiden, bis der Etat verabschiedet ist. Seit den Mittagsstunden tagt nur der Kleinstenrat des Reichstages, der über das Beratungsprogramm für die nächste Woche Beschluß fassen soll. Es soll beschließen werden, ob schon am Montag eine kleine Pause eintreten soll, damit der Haushaltsausschuß Gelegenheit hat, seine Arbeiten am Etat weiter zu fördern.

Parker Gilberts Besprechungen

M. Berlin, 20. Jan. (Priv.-Tel.) Parker Gilbert ist auf seiner Reise von Paris nach Berlin in Brüssel eingetroffen, wo er ähnliche Besprechungen wie in Paris haben wird. Er hat mit Briand und Poincaré ausschließlich über den Dawesplan verhandelt. Die internationalen Schulden sind insofern in Paris erwähnt worden, als Gilbert erklärte, er habe in Amerika unbedingt den Eindruck gewonnen, daß eine Verquickung beider Fragen absolut unmöglich sei. Amerika wünsche, daß die deutsche Reparationssumme festgesetzt und die auswärtige Finanz- und Transferkontrolle beseitigt werde. Man will eine vorläufige Endsumme festsetzen, wobei nicht an 10 oder 5 Jahre, sondern an einen kleineren Zeitraum gedacht ist.

Angebliche „Geheimverträge“ mit Bayern

M. Berlin, 20. Jan. (Priv.-Tel.) Zu Meldungen verschiedener Blätter und zu Erörterungen in einem Ausschuß des bayerischen Landtags über angebliche „Geheimabkommen“ zwischen dem Reich und Bayern in der Militärfrage erfahren wir, daß es sich einmal um die frühere bayerische Armeebibliothek handelt, die nicht nach Berlin übergeführt worden ist, ferner Preußen sein Archiv dem Reich einverleibt hat. Ferner handelt es sich um ein Abkommen, über das mit allen 4 Staaten, die eigene Militärverwaltungen hatten, Verhandlungen gepflogen werden mußten, um die Frage der Kasernen usw. zu klären. Die Verhandlungen sind durch den Versailler Vertrag notwendig geworden. Geberführer ist übrigens dabei nicht das Reichswehrministerium, sondern das Reichsfinanzministerium gewesen. Bayern ist der einzige Staat, mit dem bisher ein Abschluß erfolgte.

Deutschland und die Mailänder Messe

M. Berlin, 20. Jan. (Priv.-Tel.) Die Verhandlungen mit Italien über die deutsche Beteiligung an der Mailänder Messe sind ergebnislos geblieben, da man darauf besteht, diese Ausstellung zu einer italienischen „Siegesfeier“ zu machen, an der wir uns natürlich nicht beteiligen können. Der Reichskommissar wird allerdings nicht zurückgezogen, weil er nicht nur für diese eine Ausstellung da ist und man immerhin hofft, unter der Voraussetzung, daß bei dieser „Siegesfeier“ keinerlei Ausfälle gegen Deutschland erfolgen, sich im nächsten Jahr beteiligen zu können. Auch die italienische Ausstellung in Venedig wird von uns besucht. Ob Italien sich an der internationalen Presseausstellung, „Pressa“ in Köln beteiligt, läßt sich noch nicht sagen, aber bisher ist der italienische Staatskommissar Barrella nicht abgerufen worden.

Walbeds Anschluß an Preußen. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, wird sich das preussische Staatsministerium am heutigen Freitag mit dem Vertrag beschäftigen, durch den die Angliederung Walbeds an Preußen erfolgen soll. Mit der Annahme dieses Vertrages würde die vorgesehene Volksabstimmung über den Anschluß Walbeds an Preußen überflüssig werden.

Wirtschaftliche Umschau

Während das Reichswirtschaftsministerium in der Frage der Kohlenpreise ein Einspruchsrecht hat, von dem es z. B. nach den Lohnerhöhungen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau und nach der darauf erfolgten Ankündigung einer Preiserhöhung auch Gebrauch gemacht hat, steht ein solches Einspruchsrecht dem Ministerium zu der nun beschlossenen Erhöhung der Eisenpreise nicht zu. Der Beschluß erfolgte durch den Stahlverwertungsverband, der das deutsche Stahlkartell darstellt, und zwar mit dem Hinweis darauf, daß der Schiedspruch in der Eisenindustrie eine allgemeine Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung gebracht habe. Die Eisenerzeuger verweisen gegenüber der Ansicht, daß die ganzen Verhandlungen über Arbeitszeit und Löhne und auch den Schiedspruch selbst unter der Klausel „keine Preiserhöhung“ erfolgt seien, darauf, daß mit dem Reichswirtschaftsminister vereinbart worden sei, eine Preiserhöhung werde nur dann nicht stattfinden, wenn keine allgemeine Lohnerhöhung erfolge. Eine solche sei aber festzustellen, und auch der Schlichter selbst spreche davon, daß er eine Lohnerhöhung von im ganzen 4 Prozent bewilligt habe.

Die deutsche Eisenindustrie konnte den Preiserhöhungsbeschluß deshalb fassen, weil sie in hohem Grad den Markt kontrolliert und beherrscht. Mit der eisenverarbeitenden Industrie hatte sie ein Abkommen, wonach diese für Exportwaren Rückvergütungen erhält. Dabei standen aber schon bisher die Inlandspreise 25 bis 30 Proz. über den Exportpreisen. Gegen die Notwendigkeit der jetzigen Preiserhöhung, die für die süddeutschen Verbraucher eine Gesamtbelastung von 9 bis 10 Prozent ergibt, werden verschiedene Gesichtspunkte ins Feld geführt. Zunächst wird überhaupt darauf hingewiesen, daß sich die eisenerzeugende Industrie nicht in einer so schwierigen Lage befinden könne, wie sie es hinstelle. Nur etwa 25 Proz. ihrer Erzeugung gingen nach dem Ausland, das übrige verbleibe zu wesentlich höheren Preisen dem Inlandsabfah. Wegen Überschreitung ihrer mit dem Ausland vereinbarten Erzeugung habe sie Millionenbeträge von Strafgebühren an die internationale Rohstahlgemeinschaft zahlen müssen und können. Dazu bringe sie die hohen Beiträge für die „Gefahrengemeinschaft“, angeblich 2 1/2 Proz. der Lohnsummen, als Kasse für Lohnkämpfe auf. Im Stahlwerksverband habe auch der größte Truff, die Vereinigten Stahlwerke, sich zuerst gegen die Erhöhung ablehnend verhalten. Man fragt sich auch, wie die englische eisenschaffende Industrie, die gleichfalls dauernd über die hohen Löhne klage, zu wesentlich geringeren Preisen produzieren könne. Man erklärt eine solche Preisentwicklung für ungesund und für nur möglich infolge der Marktbeherrschung des Stahlwerksverbandes.

Die eisenverarbeitende Industrie hatte bereits vor der beschlossenen Preiserhöhung Einspruch dagegen erhoben. Sie und andere große Eisenverbraucher, wie die Landwirtschaft, wollen nun ihre zollpolitischen Forderungen anmelden. Für die deutsche Volkswirtschaft überhaupt ist so oder so eine empfindliche Mehrbelastung geschaffen, man sieht, daß sich wieder die bekannte Schraube ohne Ende dreht. Von der Preiserhöhung ist auch eine Hemmung der Ausfuhr an Fertigerzeugnissen und der gesunden Fortentwicklung der eisenverarbeitenden Industrie zu befürchten. Es wird damit eine erfreuliche Entwicklung bedroht, denn z. B. bei der deutschen Maschinenindustrie betrug der Wert der Ausfuhr 1927 3/4 Milliarden Reichsmark, was den höchsten Wert von allen deutschen Industrien darstellt. Auf dem internationalen Markt wurde durch die deutsche Qualitätsarbeit England überholt, und Deutschland steht wieder an zweiter Stelle hinter Amerika.

Die Arbeitsgemeinschaft der eisenverarbeitenden Industrie (Awi) hat in einer in Berlin abgehaltenen Versammlung zwar gegen die Zwangsfristsetzung der Löhne in der eisenverarbeitenden Industrie durch das Reichsarbeitsministerium protestiert, sich aber dann in scharfer Weise gegen deren Preiserhöhungsbeschlüsse gewendet. Die Unterschiede zwischen Inlands- und Auslandspreisen hätten sich wieder wesentlich erhöht. Die Fertigungsindustrie des Auslandes könnte mit ihren wesentlich niedrigeren Eisenpreisen in immer schärferem Wettbewerb auch auf dem deutschen Inlandsmarkt auftreten. Die eisen-

schaffende Industrie könne die Neubelastung nicht abwägen. Die Vereinbarung über die Preispolitik für Eisen in Süddeutschland sei nicht gehalten worden. Ferner protestiert der Eisenhandel und bezieht den Stahlwerksverband in einer Beschwerde an das Reichswirtschaftsministerium des Mißbrauchs der wirtschaftlichen Macht.

Schließlich haben auch die freien Gewerkschaften eine Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium gerichtet, in der sie gleichfalls auf die schwierige Lage der eisenverarbeitenden Industrie gegenüber der Konkurrenz des Auslandes hinweisen und erklären, die Preiserhöhung sei ein beabsichtigter Schlag gegen die gewerkschaftlichen Bestrebungen auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und gehe über die durch den Schiedspruch herbeigeführte materielle Belastung weit hinaus. Es wird die Anwendung der Kartellverordnung und darüber hinaus die Aufhebung oder Senkung der Eisenzölle verlangt.

Der Produktion von Kunstseide steht in Deutschland nach ein weites Feld offen, da wir trotz unserer hochentwickelten chemischen Industrie noch große Mengen dieses aus Holz (Zellulose) oder Baumwollabfällen erzeugten Textilstoffes einführen. Bekanntlich ist seit kurzem in Freiburg i. Br. die Schaffung einer großen Fabrik im Gange, welche als Lederunternehmen der Rhodiaseta (Wyon) die hochwertige Azetatseide auf Grund französischer Verfahren herstellen wird und zu deren Gründern rheinische Großindustrielle gehören. Auch der Farbentwurf (S. G. Farben) stellt bereits Kunstseide in verschiedenen von ihm kontrollierten Fabriken her und will seine Azetatseidefabrikation jetzt vermehren, ebenso aber auch die neu aufgenommene Produktion von Azetyl-Zellulose-Kunstseide. Bei der Azetatseide handelt es sich um ein hochwertiges Produkt, das auf der Verwendung von essigsaurer Zellulose und Baumwollabfällen beruht. Die British Celanese Limited, ein großes englisches Unternehmen, erhebt jedoch jetzt den Anspruch auf das alleinige Verwendungsrecht der Patente für das Azetatverfahren und droht einen großen internationalen Zivilprozeß an. Darauf ist wohl auch die Ankündigung des Farbentwurfs zurückzuführen, Azetyl-Zellulose-Kunstseide herzustellen, die anscheinend aus Holz-Zellulose gewonnen wird und zwar unter Verwendung von Essigsäureanhydrid (einer Flüssigkeit, die sich erst unter Verührung mit Wasser und Essigsäure verwandelt), statt von Essigsäure selber. Durch den ganzen Arbeitsgang soll ein neues Verfahren geschaffen sein, das jeden Angriff seitens der englischen Patentinhaber ausschließt. Bismut das Freiburger Unternehmen vom dem Streit um die Azetatseide betroffen wird, steht noch dahin.

Der 18er Ausschuss der Länderkonferenz

In Durchführung der Beschlüsse der Länderkonferenz hat die Reichsregierung am Donnerstag die Länder zur Benennung ihrer Vertreter für den 18er Ausschuss aufgefordert. Von Seiten der Reichsregierung werden der Reichsminister, drei weitere Reichsminister — vermullich der Reichswirtschaftsminister und Reichsfinanzminister — und der Reichsstaatsminister, ferner voraussichtlich ein Direktor, ein Staatsrechtler und zwei Sachverständige in den Ausschuss entsandt werden. Man rechnet für Ende nächster Woche mit der Versammlung der ersten Sitzung der Kommission. Wie nachträglich verlautet, ist es vor der Beschließung zur Einsetzung des 18er-Ausschusses zu einem schweren Konflikt zwischen Reichsregierung und Ländervertretern gekommen, die die Durchführung der Beschlüsse nur dem Verfassungsausschuss des Reichsrates überlassen wollten. Die Sitzung wurde auf 1½ Stunden unterbrochen, während der das Reichsministerium zusammentrat. Es wird angenommen, daß sogar die Möglichkeit der Zurückziehung der vollparteilichen Minister geplant war.

Stresemann nächste Woche vor dem Reichstag

Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat nach einer Meldung der „Post“ an Reichstagspräsident Lohse das Ersuchen gerichtet, die Beratung des Etats des Auswärtigen schon in der nächsten Woche auf die Tagesordnung zu setzen, damit er noch vor Antritt seines Erholungsurlaubes vor dem Reichstage über wichtige Fragen der Außenpolitik sprechen könne. Da die Ausschussberatung des Etats des Auswärtigen schon in einigen Tagen abgeschlossen sein dürfte, wurde diesem Wunsch entsprochen, so daß Dr. Stresemann voraussichtlich am nächsten Donnerstag im Reichstage sprechen wird. Das Blatt nimmt an, daß Stresemann die Rheinlanddrängung zum Hauptthema seiner Ausführungen machen und der These Paul Boncour's entgegenzutreten werde.

Stresemann hat sich in den letzten Tagen von seiner Erkrankung soweit erholt, daß er am heutigen Freitag seine Tätigkeit im Ministerium des Auswärtigen wieder aufnehmen kann. Donnerstagabend gab er sein erstes Diner in diesem Winter. Es nahmen daran teil: Der Sowjetbotschafter Reschinski mit Gattin, der türkische Botschafter Kemal Eddin Sami Pascha, der britische Botschafter und der chilenische Gesandte, sowie verschiedene Mitglieder der Berliner Gesellschaft. Mittags veranstaltete der Reichsaussenminister ein Frühstück zu Ehren des hier weilenden Präsidenten der Internationalen Handelskammer, des italienischen Großindustriellen Pirelli.

Das landwirtschaftliche Siedlungswesen

Der Reichstagsausschuss für landwirtschaftliches Siedlungswesen und Nachfragen beschäftigte sich heute mit den Anträgen, die der Unterausschuss ausgearbeitet hat. Im Verlaufe der Debatte teilte Ministerialdirektor Artkus mit, daß im Rheinland 300 000 Morgen Ödland vorhanden seien. Das wichtigste sei die Bereitstellung der Mittel zur Landarbeiter-Siedlung. Er sei grundsätzlich der Ansicht, daß den Arbeitern die Einrichtungskosten gegeben und nach etwa sechs Jahren zwei Proz. Zinsen erhoben werden sollen. Er tritt weiter dafür ein, die Siedlerstellen auf sechs bis acht Morgen zu bemessen. Rentengüter sollten wegen ihrer Unrentabilität grundsätzlich nicht mehr ausgewiesen werden.

Bauernruhen auf Kreta. Auf der Insel Kreta sind steuerfeindliche Unruhen ausgebrochen, wobei die Steuerbüros überfallen und sämtliche Archive vernichtet wurden.

Die Statsrede des Reichsfinanzministers

Der Reichstag hat am Donnerstag die zweistündige Statsrede des Reichsfinanzministers entgegengenommen und sich darauf auf heute, Freitag mittag 2 Uhr, vertagt. Dr. Köhler führte u. a. aus:

Ich werde mich bemühen, die Verhältnisse durchaus offen und klar darzulegen, um so ein in jeder Beziehung wahrheitsgetreues Bild über die Ziele und Wege der Finanzwirtschaft des Deutschen Reiches zu geben. Als ich Mitte Februar 1927 den Haushaltsentwurf des Jahres 1927 vorlegte, konnte die Wirtschafts- und Finanzlage nicht ohne Sorge betrachtet werden. Ich war daher berechtigt und verpflichtet, meinen Besorgnissen offen Ausdruck zu geben und auszuführen, daß der Etat 1927 gegenüber dem Rechnungsjahre 1926 in schlimmem Schatten liege. Daß dennoch die an das Reich gestellten Anforderungen im Laufe des Jahres 1927 erfüllt werden konnten, liegt an dem nicht voraussehbaren Aufschwung, den das Wirtschaftsleben genommen hat. Die Produktionsziffern hoben sich fast auf allen Gebieten. Die Wirtschaft war überraschenderweise in der Lage, nach und nach fast die gesamten 15 Millionen Arbeitslosen in sich aufzunehmen. Das Tariflohniveau des deutschen Arbeiters stieg. Die Zahl der Konkurse sank und betrug im September 1927 mit 360 sogar weniger als die Hälfte des Jahresdurchschnitts von 1913. Die Spareinlagen ließen von 2,9 Milliarden im November 1926 auf 4,47 Milliarden im Oktober 1927. Sie erreichten damit allerdings erst 28 Proz. der Einlagehöhe des Jahres 1913.

Ein Jahr guter Konjunktur liegt hinter uns. Es hatte für die Reichsfinanzen zwei erfreuliche Ergebnisse. Einmal wurden die Mittel der Erwerbslosenfürsorge in einem erheblich geringeren Umfang in Anspruch genommen, als vorausgesehen war. Die zweite Folge war ein erhebliches Mehraufkommen an Steuern und Verbrauchsteuern. In den neun Monaten April bis Dezember 1927 haben die Besitz- und Verkehrssteuern, die Zölle und Verbrauchsteuern zusammen 6,3 Milliarden erbracht. Das bedeutet gegenüber dem Haushalts-Soll ein Mehr von über 500 Millionen. An die Länder ist gegenüber der Garantiesumme eine Mehrlieferung in Höhe von 88 Millionen in diesem Dreivierteljahr erfolgt. Das Gesamtergebnis dürfte jedenfalls sein, daß neben einer recht erheblichen Mehrlieferung an die Länder dem Reiche ein Mehraufkommen von nicht unter 500 Millionen verbleibt.

Der Mehrertrag wird zum allergrößten Teil durch den Nachtragshaushalt aufgezehrt werden. In diesem werden rund 160 Millionen für die Erhöhung der Kriegsschadensrenten- und Beamtenbezüge angefordert, ferner 160 Millionen für die Darzahlungen nach dem Kriegsschadenschlußgesetz. Dazu kommen Beträge für das bereits zugesagte Westgrenzprogramm, für die Einleitung und Durchführung des Ostpreußenprogramms, zur Behebung der Unweiterrückstände in Sachsen, Kormern usw. Insgesamt wird der Nachtragshaushalt nicht unter 500 Millionen erfordern, so daß noch 160 bis 180 Millionen Reichsmark an Ersparnissen verbleiben werden. Das Wirtschaftsjahr 1927 wird also trotz der Mehrlieferungen einen Überschuss von etwa in gleicher Höhe erbringen, wie es ihn aus dem Jahre 1926 übernommen hat. Es wird im ganzen in sich balancieren. Das ist ein Fortschritt gegenüber 1926, wo sich bei Berücksichtigung des aus dem Vorjahre übernommenen Überschusses ein Fehlbetrag von 200 Millionen ergab.

Der Minister wendet sich dann dem Etat für 1928 zu, dem ersten Etat mit der Normalbelastung des Dawesplanes. Bei dem neuen Etat geht es, die mehrfachen Ankündigungen sparsamer Wirtschaft in die Tat umzusetzen. Man kann ihn mit Recht als Etat der Sparsamkeit bezeichnen. Trotz neuer zwangsläufiger Ausgaben ist es gelungen, ihn ohne Steuererhöhung zu balancieren. Der Nettobedarf des Reiches für seine gesamten Verwaltungszwecke, der vor dem Kriege rund 2,4 Milliarden, im Jahre 1926 rund 2,5 Milliarden betrug, ist im neuen Etat auf rund 1,7 Milliarden gesunken. Im außerordentlichen Etat ist erreicht, daß keine neue Anleiheemission erforderlich ist. Der Etat für 1928 schließt im Ordinarium mit 9,366 Milliarden, im Extraordinarium mit 146 Millionen, zusammen mit 9½ Milliarden in Einnahme und Ausgabe ab. Das bedeutet zusammen ein Mehr von 867 Millionen gegenüber dem Vorjahre, also ein Mehr, das noch nicht die Erhöhung der Reparationslast mit 396 Millionen erreicht.

Unter Berücksichtigung des voraussichtlichen Jit-Ergebnisses des Jahres 1927 wird die Gesamtausgabe des Jahres 1928 sogar rund 100 Millionen niedriger sein. Das Steueraufkommen ist gegenüber dem Soll von 1927 um 942 Millionen höher geschätzt. Diese zunächst erschreckende Höhererschätzung gewinnt ein anderes Aussehen, wenn man berücksichtigt, daß das tatsächliche Aufkommen von 1927 allein ein Nettomehr von wenigstens 500 Millionen für das Reich ergeben wird. Die Schätzung des Steueraufkommens wird bedingt durch die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage. Die Konjunktur scheint ihre Höhe erreicht zu haben, es liegen aber keine Anzeichen dafür vor, daß sich ein erheblicher Rückschlag oder gar eine Krise vorbereite.

Eine Steuerungspsychose wäre die größte Gefahr, die unserer Wirtschaft im Augenblick entstehen könnte. Die Förderung des Exports wird sich die Reichsregierung auch weiterhin angelegen sein lassen. Zur Zeit finden Besprechungen über die Wiederholung von Garantien zu diesem Zweck statt. In dieses Gebiet fällt auch die Zollentlastung. Ihr Ergebnis ist insofern vorweggenommen, als das Zollaufkommen des Jahres 1928 um 150 Millionen niedriger eingeseht worden ist. Ein besonders schwieriges Kapitel bildet besonders die wachsende Verschuldung der Landwirtschaft.

Die Einkommen- und Körperschaftsteuern werden zusammen auf 3460 Millionen geschätzt, 430 Millionen mehr, als das Soll des Jahres 1927. Von diesem Mehr entfallen 100 Millionen auf die Lohnsteuer. Die Erbschafts- und Kennwertsteuer sind unverändert geblieben. Bei der Heraushebung der Schätzung der Umsatzsteuer auf 1060 Millionen, 150 Millionen mehr als das Soll von 1927, ist zu berücksichtigen, daß durch den Übergang zu den Vierteljahrszahlungen im Jahre 1927 die Umsätze zweier Monate ausfallen. Das bedeutet für 1928 einen Mehrertrag von über 100 Millionen.

Der Minister ging dann auf die einzelnen indirekten Steuern ein, deren Ertrag im allgemeinen nach dem Jit-Ergebnis des Jahres 1927 geschätzt worden ist. Die Aufgabe jeder Regierung wird es sein, nach Entlungsmöglichkeiten zu suchen. Die Förderung der Neubildung von Kapital und die pflegliche Behandlung des vorhandenen Kapitals sei unerlässliche Pflicht. Zu prüfen sei, ob das Problem der allgemeinen Abgabensenkung nicht in der Hauptsache vom Reiche her zu behandeln sei. Die Voraussetzung eines Erfolges des jetzt zu bereittenden endgültigen Finanzausgleichs sei eine rationalisierte öffentliche Wirtschaft. Mit einer Schematisierung des Ausgabeabbaues werde wenig zu erwarten sein. Der aus 1926 und 1927 übernommene Anleihebedarf sei der dunkelste Punkt in der Etat- und Finanzlage des Reiches. Der Kurs, der im Frühjahr 1927 begebenen Reichsanleihe habe fortgesetzt gestiegen werden müssen, um nicht zu stark abzusinken. Ob der Anleihemarkt die Begebung von Reichsanleihen 1928 zulassen werde, steht noch nicht fest, unter allen Umständen werde man aber der deutschen Wirtschaft

und der Reichsbahngesellschaft als Kreditnehmenden den Vorrang lassen müssen.

Der Minister erklärte dann zu der Diskussion über die Berechtigung eines besonderen Extraordinariums, er halte es für richtig, die Ausgaben, die Werte für die Zukunft schaffen, nicht aus Steuern und Abgaben zu bestreiten, sondern auf Anleihe zu übernehmen, um dadurch die künftige Generation zu belasten. Dieser Grundgedanke müsse aber seine Grenze in der Aufnahmefähigkeit des inländischen Marktes finden. Die augenblicklichen Schwierigkeiten lägen darin, daß diese Grenze überschritten worden sei.

Dr. Köhler wies dann darauf hin, daß 1928 in bezug auf die Reparationsverpflichtungen das erste Normaljahr sei, in dem die deutsche Gesamtwirtschaft den vollen Betrag von 2,5 Milliarden aufbringen soll. Die Vorschläge der Reichsregierung für den Haushalt 1928 lieferten den Beweis, wie ernst es der deutschen Reichsregierung mit der Erfüllung ihrer Verpflichtungen sei. Der Erfolg hänge aber nicht zum geringsten davon ab, daß das Ausland auch seinerseits unferer Ausfuhr die Wege öffnet, die noch verschlossen sind. Die Reichsregierung wolle nur solche Auslandsanleihen begünstigen, die unauffschierbar sind und produktiven Zwecken dienen.

Aber die Finanzwirtschaft der Länder und Gemeinden werde die Reichsregierung die statistischen Arbeiten beschleunigen. Diese Statistik werde auch zur Durchführung der Verwaltungsreform und zur Vereinfachung der Verwaltung beitragen. Die Länderkonferenz habe uns auf dem Wege zur sparsamsten Gestaltung beim größten Wirkungsgrad der Verwaltung ein gutes Stück vorwärts gebracht. In Gemeinschaft mit den Ländern werde die Reichsregierung diese Fragen praktisch fördern.

Der Reichsfinanzminister erinnerte dann an die Bedeutung des Reparationsagenten, daß er mögen werden müsse, die deutschen Reparationsverpflichtungen endgültig zu regeln auf absoluter Basis und ohne Kontrolle von außen. Dazu erklärte er: Eine ungelöste Reparationslast ist das Grundübel, an dem nicht nur das deutsche Volk, sondern auch die anderen in die Weltwirtschaft eingegliederten Völker leiden. Jede Lösung der Reparationsfrage, die sich mit den wirtschaftlichen Gesetzen in Widerspruch setzt, ist zum Mißlingen verurteilt.

Der Minister erörterte dann als eine der zwangsläufigen Ausgaben die Aufwendungen für die Sozialpolitik. Das Gesamtaufkommen an Beiträgen und Zuschüssen habe 1927 hierfür 3½ Milliarden erreicht gegen annähernd 1,4 Milliarden im Jahre 1913. Wir müssen trotzdem fortstreben auf dem Wege, unter Rücksichtnahme auf die Tragfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft.

Da im Jahre 1929 die Reparationslast um weitere 300 Millionen steigt, sagt der Minister eine Verschlechterung des Haushalts für 1929 voraus. Zur Deduktion komme aber eine Erhöhung der Steuerlast in keiner Weise in Frage. Von besonderer Bedeutung werde es sein, ob durch eine umfassende Umorganisation der Verwaltung des Reiches wesentliche Ersparnisse erzielt werden können. Die Ergebnisse der Länderkonferenz seien im ganzen gesehen nicht unbefriedigend. Die Neuordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse ist auf dem Marsche. Güten wir uns vor öden Uniformierungsprogrammen und einer rein wirtschaftlichen Betrachtungsweise ebenso sehr wie vor dem starren Festhalten an überlebten Formen! Auf das Vortrecht des Reichsfinanzministers über einer anderen Instanz gegenüber Ausgabenerhöhungen lege ich nicht entscheidenden Wert. Nützlicher und wirkungsvoller wäre eine Selbstbeschränkung des Parlaments durch seine Geschäftsordnung, wie sie etwa in England besteht.

Das Jahr 1928 stellt die Schicksalsfrage an das deutsche Volk, ob wir unserer Zukunft und unseres Glüdes eigene Sämide bieten wollen unter Opferung mancher Wünsche und mancher liebgeordneten Traditionen. Ich möchte an der Zukunft Deutschlands verzweifeln, wenn wir diese Frage nicht bejahen und danach handeln wollten.

Der Konflikt im Zentrum

Der Zentrumsfraktionsvorsitzende des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag in den späten Abendstunden mit dem Zwischenfall Marx-Steinwald. Die Verhandlungen wurden mit einem Ergebnis abgeschlossen, in dem es heißt:

Der in der Presse wiedergegebene Brief des Parteivorsitzenden Dr. Marx vom 19. Dezember 1927 war eine vertrauliche Privatäußerung, die irrtümlich von dritter Seite ohne Ermächtigung des Empfängers veröffentlicht worden ist. Der Brief war eine Antwort auf eine Beschwerde des geschäftsführenden Ausschusses des katholischen Lehrerverbandes und bezweckte die Verhütung erregter Lehrerkreise über ebenfalls gegen den Willen des Verfassers veröffentlichte briefliche Äußerungen Steinwalds zur Frage der Parteistandbeamten. Dr. Marx vertritt sich mit Entschiedenheit gegen die Annahme, er habe die Worte: Dr. Steinwald und einige Gewerkschaftssekretäre in geringschätzigem Sinne gebraucht. Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages ist der Ansicht, daß nach dieser Aufklärung der Zusammenhänge die Angelegenheit als erledigt betrachtet werden muß. Um den Vorgängen auch jede persönliche Spitze zu nehmen, hat Marx einen Brief an Dr. Steinwald gerichtet, in dem er sagt: „Sie dürfen verichert sein, daß ich nicht daran gedacht habe, Ihnen durch den bekannten Brief kränkende Vorwürfe zu machen. Ich wünsche nichts Schlimmeres, als daß Sie auch weiterhin mit Ihrem Rat und Ihrer Erfahrung, gestützt auf Ihre enge Fühlung mit der christlichen Arbeiterchaft, gemeinsam mit uns die großen sozialen und staatspolitischen Aufgaben in Ihrer bisherigen führenden Stellung lösen helfen. Ich vertritt den Gedanken der Volksgemeinschaft und die sozialen Grundgedanken unserer Partei unentwertet und bleibe festen Willens, den Aufstieg der Arbeiterchaft in jeder Hinsicht rechtlich und praktisch zu fördern.“

Keine Einigung in der mitteldeutschen Metallindustrie. Die Verhandlungen die am Donnerstag in Berlin im Lohnstreit der mitteldeutschen Metallindustrie im Reichsarbeitsministerium stattgefunden haben, haben zu keiner Einigung geführt.

Gemeingefährlich geisteskrank. Der Mann, der Donnerstag vormittag in Berlin in das Palais des Reichspräsidenten kam, und um eine Unterredung mit ihm nachsuchte, ist als ein gewisser Hermann Simonski aus der Sparstraße 21 festgestellt worden. Er wurde nach eingehender Untersuchung durch den Kreisarzt für gemeingefährlich geisteskrank erklärt und der Irrenanstalt Herzberge übergeben.

Die Waffensendungen nach Ungarn. Einer Londoner Blättermeldung zufolge sind die Regierungen der Kleinen Entente bemüht, Beweismaterial dafür zu sammeln, daß die Sendung von Waffensendungen, die den Zwischenfall von Szeged Gotthard hervorrief, für ungarische irredentistische Organisationsbestimmungen war und unter den ungarischen Winderheiten in den Ländern der Kleinen Entente verteilt werden sollten.

Die französische Kammer hat Donnerstagabend das gesamte Rekrutierungsgesetz, in dem bestimmt wird, daß bis zum 1. November 1930 die Vorbereitungen für die Einführung der einjährigen Dienstzeit erfüllt sein müssen, mit 410 gegen 23 angenommen. Die Sozialisten enthielten sich der Abstimmung.

Badischer Landtag

23. Karlsruhe, 19. Jan.

Zu Beginn der Nachmittags-Sitzung widmet Präsident Dr. Baumgartner dem heute früh verstorbenen Kanzleischreiber Franz Guck, der 40 Jahre lang dem Hause treue Dienste geleistet hat, einen ehrenden Nachruf. Die Abgeordneten hatten sich von den Siben erhoben.

Eingegangen ist ein Antrag auf namentliche Abstimmung über die Mißtrauensanträge.

Darauf wird die Besprechung der Interpellationen zum

Reichsschulgesetzentwurf

fortgesetzt.

Abg. Dr. Mattes (D. Sp.) führt aus, der Landtagsbeschluss vom 1. Juli hatte keinen anderen Sinn als den der uneingeschränkten Erhaltung der Simultanschule. Zwischen der Haltung des Ministers im Vorjahre und seiner heutigen Erklärung, die sich auf den Artikel 174 AB. bezieht, besteht ein auffallender Widerspruch. Wie kann man die Wahrung eines Landtagsbeschlusses mit der demokratischen Verfassung vereinbaren? An den Minister möchte ich die bestimmte Frage richten: Ist die Regierung bereit, gegebenenfalls gegen ein Reichsschulgesetz, das der Simultanschule hinderlich ist, Einspruch zu erheben? (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Tun Sie es doch im Reichstag). Die Demokraten könnten nicht beanspruchen, die besonderen Güter der Simultanschule zu sein. Die Parteien, die dem Beschlusse vom 1. Juli zugestimmt haben, müßten heute die Haltung des Ministers mißbilligen (Zurufe links). Es handelte sich um eine Gewissensfrage für die Abgeordneten. Darum das Verlangen nach namentlicher Abstimmung. Eine weitere Frage sei die, ob sich der Landtag gefallen läßt, daß ein Minister seine Beschlüsse mißachtet.

Minister des Kultus und Unterrichts Leers:

Aus den Ausführungen des Abg. D. Mayer klang mir gegenüber eine freundlichere Gesinnung als aus dem Munde des volksparteilichen Redners. Die Freundschaft für die Simultanschule scheint aber auf Seiten der Bürgerlichen Vereinigung nicht so unbedingt sicher zu sein, wie bei den Demokraten (Chorufe). Vom Herrn Abg. D. Mayer weiß ich, daß er auf diesem Boden steht. Nicht vertrauen kann ich den Deutschen Nationalen im Reichstage. Die rechtliche Auffassung des Abg. Dr. Mattes ist dunkel. Da hat es keinen Zweck, sich über die Rechtslage auseinanderzusetzen. Die Fassung des Rabinettsbeschlusses vom 1. Juli entsprang guten Gründen, nicht etwa einem Mangel an Achtung gegenüber dem Landtag. Es handelt sich um eine Entscheidung des Gesamtkabinetts (Abg. Dr. Mattes: Gehören Sie die Verantwortung ab?). Ich übernehme voll die Verantwortung. Für mein Verbleiben im Kabinett wird kein Preis bezahlt. Ich bleibe darin, solange ich es mit Pflicht und Gewissen vereinbaren kann.

Was die bestimmte Frage des Abg. Dr. Mattes betrifft, so habe ich zu erklären: Wenn es dazu kommen sollte, daß ein Reichsschulgesetz die Simultanschule in Baden beseitigt, dann werde ich im Kabinett den Einspruch beantragen.

Der Minister fährt fort, er könne kein Vertrauen in die Tätigkeit der Deutschen Volkspartei im Reichstage setzen. Schon der Regierungsentwurf sei verlorren gewesen, weil zwei volksparteiliche Minister mitgemacht haben. Er, der Minister, hoffe immer noch, daß der Volkspartei nicht Gelegenheit gegeben wird, Einspruch zu erheben (Zustimmung bei der Mehrheit, Widerspruch der Volkspartei). Wenn auch draußen niemand gemerkt hat, wie es ist mit dem „Salat den Dieb!“ Ich habe es gemerkt.

Die Abg. Ritter (Links-Kommunist) und Bod (Kommunist) bekennen sich als Gegner der christlich eingestellten Simultanschule und erklären, sie bekämpfen den „schwarzen“ Schulgesetzentwurf überhaupt.

Abg. Hoffeins (Dem.) vertritt die Auffassung, daß die badische Bevölkerung gar keine Änderung des Simultanzustandes wünscht. Es wäre zu begrüßen, wenn die Freunde der Simultanschule in weit größerer Zahl hinausgingen, um die tatsächlich vorhandene verständnisvolle Einstellung zu dieser Schulart für die Reichsregierung auszumünzen. Der Redner erinnert an die Erklärung des Zentrums im Mai 1921, wonach es an der badischen Simultanschule nicht rütteln und es der Regierung ermöglichen werde, für sie zu stimmen. Daß die Reichsregierung einem so weittragenden Gesetzesentwurf wie das Reichsschulgesetz keine Kostenberechnung beigegeben hat, sei schon damals als ein Novum bezeichnet worden. Von einem demagogischen Gebrauch des amtlichen Zahlenmaterials durch den Bad. Lehrerverein zu sprechen, sei unangebracht. Aus Freiburg liege eine unmögliche summarische Berechnung vor. Die vom Ministerium mitgeteilten Zahlen müssen wir als Mindestberechnung folgerichtig anerkennen. Nach einer Polemik gegen das Zentrum schließt der Redner: In die Werbearbeit zum Schutze der Simultanschule ziehen wir hinaus in der Erkenntnis der großen Bedeutung des badischen Schulsystems und im Interesse des Schulfriedens.

Abg. Dr. Föhr (Str.) stellt zur Kostenfrage fest, daß bestimmte, sichere Anhaltspunkte überhaupt nicht möglich seien. Das Zentrum habe grundsätzlich immer an der Beibehaltung der Simultanschule festgehalten, diese Frage aber aus praktischen Gründen nicht aufgegriffen, angesichts der parlamentarischen Zusammenfassung damals und heute. Es bestände die Gefahr, daß wir der weltlichen Schule antreten. Deshalb wollen wir dem badischen Volke das in der Reichsverfassung zugestandene Recht geben.

Mit einer Entgegnung des Abg. Hoffeins (Dem.) ist die

Ausprache beendet.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Bürg. Vgg.) stellt im Schlußwort fest, daß man auf seiner Seite bis zum letzten Rest für die badische Schulverfassung eintreten werde. Die Schule soll doch der Ausdruck der Volksgemeinschaft sein. Vom Abg. Hoffeins hätte ich auf Grund seiner Tätigkeit in den letzten drei Monaten erwartet, daß er unserem Antrage zustimmt. Was ist bei der heutigen Debatte herausgekommen? Sie hat gezeigt, daß die Schule der Volksgemeinschaft durch die Reichsverfassung auf ein schiefes Geleise geschoben wurde.

Abg. Dr. Obkircher (D. Sp.) führt aus: Unser Mißtrauen gegen den Minister ist berechtigt. Er hat eine klägliche Antwort gegeben und die Rechte des Landtages aufs schärfste mißachtet. Der Minister dürfe die Schwierigkeiten der Deutschen Volkspartei nicht verkennen. Es gibt nicht nur Baden, sondern auch das Reich (Zurufe und Heiterkeit). Dem Minister habe die Minderfährung gesehlt.

Der Redner erklärt zum Schluß, daß seine Fraktion sogar soweit gehe, dem kommunistischen Mißtrauensantrag zuzustimmen (Beifugung).

Die Abstimmungen

Dieser wird in einfacher Abstimmung mit 47 gegen 10 Stimmen der Antragsteller und Kommunisten bei 11 Enthaltungen der Bürgerlichen Vereinigung abgelehnt.

Der von Deutscher Volkspartei und Bürgerlicher Vereinigung eingebrachte Antrag wird in seinem ersten Teil, soweit er die Stellungnahme der Regierung im Reichsrat mißbilligt, weil sie dem Landtagsbeschlusse vom 1. Juli widerspreche, in namentlicher Abstimmung mit 46 gegen 17 Stimmen bei 5 Enthaltungen (Kommunisten und Abg. Hoffeins) abgelehnt, ebenso in seinem zweiten Teil, worin dem Minister das Mißtrauen ausgesprochen wird. Dagegen stimmt auch der Abg.

Hoffeins. Schließlich fällt noch ein kommunistischer Antrag auf Streichung des Absatzes 2 des Artikels 146, sowie des Artikels 149 der Reichsverfassung. Die Abgeordneten der Bürgerlichen Vereinigung hatten sich dabei der Abstimmung enthalten.

Der Präsident teilt mit, daß ein Antrag des Staatsministeriums betr.

die Unwetterschäden im Jahre 1927

eingegangen sei. Derselbe soll bereits morgen im Haushaltsausschuß und Plenum zur Erledigung kommen.

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr.

Schluß 7 Uhr.

23. Karlsruhe, 20. Jan.

Zu Beginn der Vormittags-Sitzung verliest Präsident Dr. Baumgartner eine Eingabe des Vereins Badischer Lehrerinnen, die sich nachdrücklich für die Erhaltung der badischen christlichen Simultanschule ausspricht.

Eingegangen ist ein Antrag Dr. Wolfhard (Dem.) u. Gen. zum Gesetzesentwurf betr. Änderung des Gesetzes über die Einführung der Reichsjustizgesetze.

Nach Eintritt in die Tagesordnung begründet Abg. Dr. Obkircher (D. Sp.) eine förmliche Anfrage wegen

Eröffnung der Lehrerbildungsanstalten Freiburg und Heidelberg auf Ostern 1928.

Der Redner hält diese Maßnahme vor dem Jahre 1930 nicht für notwendig, da der Bedarf an Lehrkräften voraussichtlich auf längere Zeit gedeckt sei. Gegen die Eröffnung spreche der Kostenpunkt und die Rücksicht auf die Junglehrer, die eine schwere Notzeit hinter sich hätten. Abg. Dr. Obkircher schließt mit der Bemerkung, daß man es überhaupt vermeiden sollte, konfessionelle Lehrerbildungsanstalten zu eröffnen.

Minister des Kultus und Unterrichts, Leers, erklärt in Beantwortung der förmlichen Anfrage: Die vorliegende Frage, mit der ich das Ministerium schon seit längerem beschäftigt hat, interessiert in hohem Maße die Öffentlichkeit. Der Abg. Dr. Obkircher geht mit dem von uns bekanntgegebenen Zahlenmaterial einig, kommt aber zu anderen Ergebnissen, ob mit Recht, ist fraglich. Wir müssen bei den Schwankungen in der Schulorganisation sehr vorsichtig sein; denn bei der Berechnung des Bedarfs an Lehrern sind wir bis zu einem gewissen Grade auf Vermutungen angewiesen. Es ist durchaus möglich, daß eines Tages ein Mangel eintreten könnte. Die Karlsruhe Anstalt ist zur Zeit mit etwa 200 Jünglingen voll besetzt. Die Räume in Freiburg und Heidelberg stehen uns zur Verfügung. Sie dem nunmehrigen Zweck anzupassen, wird allerdings Geld kosten. Wir sind nach langer Überlegung dazu gekommen, die beiden Anstalten schon dieses Jahr zu eröffnen. Für die Anwärter soll gesorgt werden.

Abg. Mayer-Heidelberg (Soz.) erklärt: Unsere Fraktion glaubt, daß man mit der Eröffnung noch 1 bis 2 Jahre hätte

abwarten können.

Abg. Dr. Föhr hält den von der Regierung beschrittenen Weg für richtig. Er hofft, daß sich der Zugang in einer Weise regeln läßt, daß die Not der Junglehrer nicht gesteigert wird.

(Fortsetzung des Berichts in der nächsten Nummer.)

Fachkurs für Schneidermeister

Die Einführung des Werkstattunterrichts an den Gewerbeschulen als notwendige Ergänzung der Meisterlehre erfordert die Einführung von besonderen Einführungs- und Weiterbildungskursen für Praktiker, denen die Erteilung des genannten Unterrichts als Nebenlehrer übertragen wurde. Bei diesen Fachkursen sollen vor allem Richtlinien für die Erteilung des Werkstattunterrichts für die einzelnen Gewerke aufgestellt werden. Nachdem aus diesem Grunde vor einiger Zeit ein Fachkurs für Schneidermeister stattgefunden hatte, das Unterrichtsministerium in veröffentlichter Woche an der Gewerbeschule in Karlsruhe auch einen Fachkurs für Schneidermeister, die an den verschiedenen Gewerbeschulen des Landes den Werkstattunterricht in den Fachklassen der Schneiderlehre erteilen.

Der Arbeitsplan für den Kurs, an dem 37 Herren teilnehmen, wurde im Benehmen mit der Berufsorganisation aufgestellt. Die große Teilnehmerzahl begründet zur Genüge die Notwendigkeit der Abhaltung des Fachkurses für Schneidermeister, der hinsichtlich seiner überaus großen Fülle von Darbietungen und Anregungen die Teilnehmer vollauf befriedigte.

Aus der Landeshauptstadt

Großes Presse- u. Bühnensekt „Tinten-Schminte“

Da die der Festleitung zur Verfügung stehenden Eintrittskarten bereits durch die schriftlichen Anmeldungen im wesentlichen in Anspruch genommen sind, der Zubrang zu dem Fest aber gerade in den letzten Tagen ganz außerordentlich groß gewesen ist, hat die Festleitung die Gesamtzahl der zu verkaufenden Karten beträchtlich heraufgesetzt. Damit das Zentralbüro von den Arbeiten der Kartenausgabe und Einlassierung entlastet wird, findet vom Samstag, den 21. Januar ab ein freihändiger Verkauf der noch übrigen Eintrittskarten statt, und zwar an der Theaterhauptkasse und in den Geschäftsstellen folgender Zeitungen: „Badischer Beobachter“, „Eisenstr. 17“, „Badische Presse“, Lammsr. 1b, „Karlsruher Tagblatt“, „Mitterstr. 1“, „Karlsruher Zeitung“, „Karlriedrichstr. 14“, „Neuburg-Anzeiger“, „Johannstr. 21“, „Volkstreu“, „Waldftr. 28“. Schriftliche Anmeldungen sind also von jetzt ab nicht mehr notwendig. Die Karten können direkt in den oben angeführten Zeitungs-Geschäftsstellen und bei der Landestheaterhauptkasse gekauft werden.

Die im großen Festhalleaal zur Verfügung stehenden Nischen sind im wesentlichen bereits vergeben. Dagegen sind noch einige Logen im kleinen Festhalleaal zu vermieten. Preis für die etwa 10 Plätze umfassende Loge 20 RM.

Wiederum ersucht die Festleitung alle diejenigen, die das Fest besuchen wollen, sich rechtzeitig mit Karten zu versehen, da über die nunmehr festgesetzte Höchstzahl unter keinen Umständen mehr hinausgegangen werden kann. Sind die Karten sämtlich verlaufen, so besteht keine Möglichkeit mehr, Eintritt in die Festhalle zu erlangen. Auch Bemühungen persönlicher Art werden dann vollkommen zwecklos sein.

Das Fest ist übrigens ein Kostümfest und kein Maskenball. Gesichtsmasken sind also ausgeschlossen.

Tagung der Polizeibeamten. Der Verband der Polizeibeamten Badens hält am Samstag, 21. Jan., vormittags 9 Uhr in Karlsruhe im Saale des „Löwentachen“ einen außerordentlichen Verbandstag ab. Die Tagung ist gedacht als eine Willensäußerung der Vertreter der badischen Polizeimannschaften zum Gedanke der Einheitspolizei. Auch wird ein Referat über die badische Beamtenbesoldung erstattet.

Badisches Landestheater Karlsruhe. Samstag, den 28. Januar, findet die Uraufführung der großen Oper „Aero und Alte“ von Juan Ramón statt. Der Spanier Juan Ramón überall besonders als Violoncellist bekannt und in allen Konzertsälen der Welt gefeiert, hat auch auf dem Gebiete der Komposition, besonders im Ausland, die schönsten Erfolge zu verzeichnen. Sein Opernwerk „Aero und Alte“, bereits von mehreren Bühnen angenommen, gelangt in Karlsruhe zur Uraufführung und dürfte zu einem besonderen Ereignis werden. Die Einstudierung liegt in Händen von Generalmusikdirektor Josef Krups und Oberregisseur Otto Krauß. Die Bühnenbilder wurden von Dr. Ernst Decht und die Kostüme von Margarete Schellenberg entworfen und in den Werkstätten des Landestheaters hergestellt. Die technische Einrichtung besorgt Rudolf Balut.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Nach dem raschen Durchzug der Tiefdruckrinne, der uns im Gebirge ergiebigen Neuschnee brachte, ist heute morgen der Hochdruckrücken von Skandinavien bis Spanien wiederhergestellt, so daß wir bei Luftzufuhr aus Nordosten Frostwetter auch in der Ebene erhalten werden. Voraussage für 21. Jan.: Kälter bei nordöstlichen Winden, noch einzelne Schneefälle.

Kurze Nachrichten aus Baden

W.D. Freiburg, 20. Jan. Gestern und in der vergangenen Nacht sind über den südlichen Schwarzwald starke Schneefälle niedergegangen. Die Höhen haben jetzt eine Schneedecke von 40 bis 50 Zentimeter. Die Temperaturen liegen einige Grad unter dem Gefrierpunkt.

Hd. Sintergarten, 19. Jan. Während des ganzen Vormittags gingen in Sintergarten und Umgegend starke Schneefälle nieder. Gegen Mittag setzte starker Regen ein, der von Sturm und Hagelschauern begleitet war.

Hd. Löffingen, 19. Jan. Der Altgemeinderat Adolf Gantner ist heute auf dem Nachhauseweg einem Herzschlag erlegen. Er hat ein Alter von 84 Jahren erreicht.

Hd. Säckingen, 19. Jan. Der Direktor der Gesellschaft für Landfabrikation in Säckingen-Niederhof und Hänner, Otto Reimann, verstarb auf der Fahrt nach dem schweizerischen Hochgebirge in Zürich an den Folgen eines Schlaganfalls.

Hd. Grenzach, 19. Jan. Der Erweiterungsbau der Tapetenfabrik Salubra ist nunmehr im Rohbau fertiggestellt, so daß für Mai die Inbetriebnahme zu erwarten ist.

D3. Singen a. S., 19. Jan. Es ist bekannt, daß die württembergische Enklave Hohentwiel 35 Personen zählt, die ihre Amtsgeschäfte zum Teil in Tuttlingen erledigen müssen, wobei sie oft einen ganzen Arbeitstag verlieren, während die Stadtgemeinde Singen ihnen vor der Nase liegt. Manche Amtsgeschäfte würden in einer Stunde erledigt sein, wenn man sie in Singen erledigen dürfte. Aber doch gibt es ein Amt, welches sich um diese Enklavenwirtschaft nicht bekümmert hat, das Versorgungsamt hat die Kriegsschädigten dieser Enklave, die sogar bis nach Kottweil hätten fahren müssen, einfach dem Versorgungsamt Radolfzell zugeteilt. Und die Welt ist nicht zusammengeknirscht!

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	20. Jan.		19. Jan.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.15	169.49	169.13	169.47
Kopenhagen 100 Kr.	112.30	112.52	112.31	112.53
Italien 100 L.	22.185	22.225	22.185	22.225
London 100 Pf.	20.44	20.48	20.439	20.479
New York 1 D.	4.1915	4.1985	4.1910	4.1990
Paris 100 Fr.	16.475	16.515	16.47	16.51
Schweiz 100 Fr.	80.74	80.90	80.765	80.935
Wien 100 Schilling	59.07	59.19	59.15	59.17
Prag 100 Kr.	12.421	12.441	12.424	12.444

Verschiedenes

Schneefälle im Allgäu

W.D. Kempten, 20. Jan. (Tel.) Gewaltige Schneemassen sind in der letzten Nacht im Allgäu gefallen. Im Tale wird eine Schneehöhe von 20 Zentimeter, von den Frontener und Oberstdorfer Bergen 30-40 Zentimeter Neuschnee mit Lawinengefahr gemeldet.

Sinrichtung

W.D. Kempten (Allgäu), 20. Jan. Im Hofe des Landgerichtsgefängnisses wurde heute früh der Doppelmörder Robert Hlemmer mit dem Fallbeil hingerichtet. Hlemmer, der gestern dem Staatsanwalt ein Geständnis abgelegt hatte, war völlig zusammengebrochen.

Keine Zigeunergeschichte

W.D. Berlin, 20. Jan. Die Berliner Kriminalpolizei hat durch Anfrage bei der Landjägeri Osmünde einwandfrei festgestellt, daß das dort bei Zigeunern aufgefundene kleine Mädchen namens Reinfeld nicht, wie von einem Berliner Blatt berichtet worden war, mit der seit mehreren Wochen vermißten Elli Reinfeld aus Berlin identisch, sondern ein Kind einer Zigeunerfamilie ist.



Badisches Landestheater

Samstag, 21. Januar

* 8 15 Uhr - Gem. 301-500.

Zum erstenmal

Allan oder Die gelbe Hölle

von Kornfeld

In Szene gesetzt von

Felix Baumbach

Frau Samson Fiegler

Erta Bertam

Schizoga Krüter

Nulhus Schulz-Breiden

Wierfuß Höder

Gräfin Ermarth

Schumpeter Gemmede

Kummer Brand

Katterer von der Trenk

Allan Müller

Mantl Dahlen

Samson Kienersch

Anfang 20 Uhr

Ende gegen 22¹/₂ Uhr

I. Rang u. I. Oberstüb 5 RM

So. 22. Jan. Vormittags:

2. Jugendkonzert, Nachmit-

tags: Rag und Woriq.

Hierauf: Die Puppenfee.

Abends: La Traviata. Im

Konzertsaal: Der Raub der

Sabinerinnen. No. 23. Jan.

Der Gluckspilz.

COLOSSEUM

Waldstraße 16

Telephon 5599

Bis 1. Februar

täglich

Die große

REVUE

Das

lebende

Magazin

In **Baden** (Baden) ist, da der jetzige Oberbürgermeister nach dreißigjähriger Dienstzeit zurücktritt, die Stelle des **Oberbürgermeisters**, außerdem die zur Zeit freie Stelle des **Bürgermeisters** zu besetzen.

Baden ist alte Industriestadt, Sitz eines Amtsgerichts und Bezirksamts und hat ein Gymnasium, eine Aufbauschule, Mädchenschule, höhere Handelsschule. Einer der Bürgermeister muß die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst oder zum Richteramt erworben haben.

Gehalt, Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung werden durch Vertrag in Anlehnung an die Reichsbesoldungsordnung geregelt.

Verwendungen mit Lebenslauf sind spätestens bis zum **1. März 1928** an Herrn Stadtrat Theodor Kaufmann mit dem Bemerken auf dem Umschlag „Betrifft Bürgermeisterwahl“ einzureichen. Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung.

Baden, den 4. Januar 1928.

Der Stadtrat.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche. Die Maul- und Klauenseuche in Weingärten ist erloschen. Die angeordneten Schutzmaßnahmen wurden aufgehoben.

Karlsruhe, den 19. Januar 1928.

Badisches Bezirksamt Abt. IV.

Badische Lichtspiele

KONZERTHAUS

Samstag, den 21. bis Mittwoch, den 25. Januar, 20.15 Uhr
Samstag und Mittwoch auch 16 Uhr
Sonntag, 22. Januar, nur 16 Uhr

INDIEN

Das Land der Träume

Musikbegleitung: Polizeikarelle

Preise, Vorverkauf und Ermäßigungen wie üblich.

Lesen Bücher
Wissen ist Macht!

Hochbauarbeiten. Die Kunststeinarbeiten für den Umbau des Aufnahmegebäudes Mannheim sind nach den technischen Vorschriften für Bauleistungen vom August 1925, sowie der Verdingungsverordnung für Bauleistungen vom Jahre 1926 öffentlich zu vergeben. Pläne und Bedingungen liegen bei der Hochbauabteilung 2 Mannheim, Eingang östlicher Ausgang, zur Einsicht auf; daselbst Abgabe der Leistungsverzeichnisse. Angebote verschlossen, postfrei, mitentsprechender Aufschrift versehen, bis zum Eröffnungstermin am Dienstag, den 31. Januar 1928, 10 Uhr, an die unterzeichnete Dienststelle einzureichen. Aufschlagsfrist 2 Wochen. Mannheim, 19. Jan. 1928. Reichsbahn-Bauamt 2. Nr. 353

Ettlingen. Nr. 354
Güterrechtsregistererträge:
1. Zu Band II Seite 87: Breyinger, Josef, Arbeiter in Ettlingen, und Marie Elise geb. Portmann. Vertrag vom 3. Januar 1928: Gütertrennung.
2. Seite 88: Wiedmann, Richard, Kaufmann in Ettlingen, und Maria geb. Weiß. Vertrag vom 14. Januar 1928: Erbenverteilungsgemeinschaft gemäß § 1519 BGB. Das in § 3 des Ehevertrags beschriebene Vermögen der Ehefrau und alles was ihr im Laufe der Ehe durch Erbschaft, Vermächtnis, Pflichtteil, Schenkung oder auf andere unentgeltliche Weise einseitig anfallen wird, soll ihr vorbehalten sein. Ettlingen, den 17. Januar 1928. Amtsgericht.

Aretz & Cie. Inhaber: **A. Fackler**
Kaiserstraße 215 Telephon 219

Abteilung I: Sämtliche Gummiwaren und Krankenpflegeartikel, Gummikurwaren. Damenbed. Hygienische Artikel. Herrenbed.
Abteilung II: Technische Gummi- und Asbestwaren, Treibriemenlager und Bedarfsartikel für Maschinenbetrieb.

Großverkauf 46 Kleinverkauf

Das **gute Bild** die geschmackvolle **Photo- und Bilder-Einrahmung** finden Sie in größt. Auswahl im Spezialgeschäft **E. BÜCHLE** INH. **W. BERTSCH**
Kaiserstr. 132 — Gartensaal Padwet-Geigenhaus 41

Massagen
Sprechzeit von 2—7 Uhr

Frída Dörr, Karlsruhe
Friedrichsplatz 11
Telephon 6841

Singer-Nähmaschinen
Erleichterte Zahlungsbedingungen
Ersatzteile — Nadeln — Oel — Garn
Reparaturen 47

Singer Nähmaschinen Aktiengesellschaft
Kaiserstr. 205 KARLSRUHE Werderplatz 42

Badisches Landestheater
Spielplan vom 22. Jan. bis 30. Jan. 1928

a) Im Landestheater:
Sonntag, 22. Jan. Vormittags: 2. Jugendkonzert. Leitung: Rudolf Schwarz. Solistin: Magda Strad. Für Jugendliche: 0.40 bis 1.30 M. Gewächse nur in Begleitung von Jugendlichen 0.80 bis 2.50 M. 11½ bis 12¼.
Nachmittags: **Mag und Morik.** Ein Wubensstück nach W. Busch von Günther. Hierauf: **Die Puppenfee.** Ballett von Bayer. 15 bis nach 17. (3.—)
Abends: * C 14. Th.-Gem. 3. Str. (1. Hälfte). **La Traviata.** Oper von Verdi. 19¼ bis geg. 22. (8.—)
Montag, 23. Jan. Volksbühne 5. **Der Glückspilz.** Lustspiel von Adelt. Plätze aller Preisgattungen sind für den allgemeinen Verkauf freigegeben. 19¼ bis geg. 21¼. (5.—)
Dienstag, 24. Jan. * A 16. Th.-Gem. 3. Str. (2. Hälfte). **Der Vogelhändler.** Operette von Zeller. 19¼ bis geg. 22¼. (7.—)
Mittwoch, 25. Jan. Außer Miete (erstes Vorrecht Miete F). Einmaliges Gastspiel des Moskauer hebräischen Künstlertheaters „Sabina“: **Dybuk.** Schauspiel 15 Proz. Ermäßigung bis Dienstag, 24. Jan. 17 Uhr. 20 bis nach 22¼. (6.—)
Donnerstag, 26. Jan. * D 17 (Donnerstagniete). Th.-Gem. 801—900, W. Str. **La Traviata.** Oper von Verdi. 20 bis 22¼. (7.—)
Freitag, 27. Jan. * F 17 (Freitagmiete). Th.-Gem. 701—800 und 901—1000. **Akisan ober: die gelbe Rose.** Komödie von Kornfeld. 20 bis geg. 22¼. (5.—)
Samstag, 28. Jan. * C 15. Uraufführung: **Aero und Ate.** Oper von Ranen. 19¼ bis 22¼. (7.—)
Sonntag, 29. Jan. Nachmittags: **Mag und Morik.** Ein Wubensstück nach W. Busch von Günther. Hierauf: **Die Puppenfee.** Ballett von Bayer. 15 bis nach 17. (3.—)
Abends: * B 15. **Die Macht des Schicksals.** Oper von Verdi. 19¼ bis 22¼. (8.—)
Montag, 30. Jan. Th.-Gem. 501—600. 6. **Sinfonie-Konzert.** Leitung: Josef Krips. Solist: Adolf Busch. 20 bis 22. (5.—)
Dienstag, 31. Jan. * E 16. Th.-Gem. 1001—1100. **La Traviata.** Oper von Verdi. 20 bis geg. 22¼. (7.—)

Spezialgeschäft Solinger Stahlwaren
Alpaca- und Silberbestecke
Geschenkartikel
Feinschleiferei
und Reparaturwerkstätte

Geschw. Schmid
Kaiserstraße 88 (Nähe Marktplatz) 53
Filiale Waldstraße 46 (zwischen Amalien- und Sofienstraße)

Kokos-Fuß-**MATTEN**
allzu billig, sind unvorteilhaft, weil Qualitäts-Matten nicht viel mehr kosten und immer eine Zierde des Hauses bleiben. Extra schwere Doppel-Matten Stück 2,75, 2, 1 RM. im Spezialhaus
RIES
Ecke Friedrichsplatz 7 40

b) Im Stadt. Konzerthaus:
Sonntag, 22. Jan. * **Der Raub der Sabinerinnen.** Lustspiel von Franz und Paul von Schönhan. 19¼ bis 21¼. (4.—)
Sonntag, 29. Jan. * Zum ersten Male: **Der Gezer.** Kriminalstück von Wallace. 19¼ bis 22. (4.—)

Umtausch für Inhaber von Bladefesten Samstag nachmittags 15¼—17 Uhr. — Bei Vorstellungen außer Miete Vorrecht der Platzmiete mit 15 Proz. Nachlaß auf die Tagespreise Samstag vormittags 9¼—12 Uhr. Die im Wochenplan genannte Abteilung hat das erste Vorrecht, die übrigen von 10 Uhr ab. Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Vorverkauf ab Montag vormittags

Kartenvorverkauf: Vorverkaufsstelle des Badischen Landestheaters, Tel. 6288. In der Stadt: Hauptverkaufsstellen: Musikalienhandlung Fritz Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße, Tel. 388, und Auskunftsstelle des Verkehrsvereins, Kaiserstr. 150 (Eing. Ritterstr.). Weitere Verkaufsstellen: Zigarrenhandlung Fr. Brunner, Kaiserallee 29, Tel. 4351, und Kaufmann Karl Holzschuh, Werderplatz 48, Tel. 503.

TRIUMPH
die zuverlässigste und beste
SCHREIBMASCHINE
von Behörden u. Bürgermeisterämtern bevorzugt.

Georg Mappes
Karlsruhe
Karl-Friedrich-Straße 20
Telephon 2264

Während des **Inventur - Verkaufes** **10% Rabatt** auf alle Möbel und Polsterwaren

Möbelhaus SEITER
Waldstraße 7, bei der Beamtenbank 49

Wunderbar laufen Sie in Neubert's Schuhen
Alle Arten Stiefel und Halbschuhe in nur erstklassiger Qualität mit eingearbeiteter Gelenkstütze Spezialitäten für empfindliche und kranke Füße. Meine Schuhe sind eine Klasse für sich und konkurrenzlos.

Reformhaus Neubert
Karlstraße 29 a 54

Vorteilhaft speisen Sie in der Reform-Gaststätte
Kaiserstraße 56 Telephon 3357

Mäßige Preise! 57 Kein Trinkzwang!
Essen zu 80 Rpf. und 1 Rm.

Große Auswahl in feinen Mehl-, Eierspeisen und Gemüsen.

„und den Herd“?
nach wie vor bei **A. ROSENBERGER**
Ecke Schützen- und Marienstraße 32
Gegründet 1882 12 Monatsraten 48

Ich habe einen größeren Posten **gute tragbare Uniformen** und gebe ab:

Kniehosen mit Wickelgamaschen (blau) à 3 RM
Lange Hosen (blau) à 3 RM
Röcke (blau) à 3 RM
Mäntel (schwarz oder grau), fast neu . à 10 RM

Jakob Schneller, Karlsruhe, Durlacherstr. 34
Versand nach auswärts gegen Nachnahme 44

Die neuesten Modelle in **MÖBEL** der Bad. Beamtenbank

finden Sie in gediegener Ausführung sehr billig bei **Carl Thome & Co.**
Möbelhaus — Karlsruhe 45
im Herrenstraße 23 gegenüber der Reichsbank.

Am Ludwigsplatz **Inventur-Ausverkauf** **Spezialgeschäft für Herren - Bekleidung** **Alfred Hirschen**
Bis zu **20% Rabatt!**

Dem Ratenkaufabkommen der Badischen Beamtenbank angeschlossen. 43